



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss f. Wirtschaft, Beschäftig.,
Digitalis., Gesundheit -

Bereich Gesundheit Punkt 9 der öffentlichen Sitzung am 9. Mai 2023

Vorlagen-Nr. 23-F-63-0070

Legalisierung von Cannabis auf kommunaler Ebene umsetzen **- Antrag der Fraktionen Volt, Bündnis 90/Die Grünen, SPD und DIE LINKE. vom 03.05.2023 -**

Am 12. April 2023 hat die Bundesregierung die weiteren Pläne zur Cannabislegalisierung bekanntgegeben. Die Eckpunkte sehen eine **Cannabis-legalisierung** in zwei Schritten mit der Abkürzung „CARE“ (Club Anbau & Regionalmodell) vor. In einem ersten Schritt sollen der private Eigenanbau sowie der Anbau in nicht gewinnorientierten Vereinen / Vereinigungen bundesweit ermöglicht werden. In Modellregionen soll in einem zweiten Schritt zudem der kommerzielle Verkauf von Cannabis in Fachgeschäften erfolgen. Der Ausschuss hat in seiner Sitzung am 21. September 2021 beschlossen, den Magistrat damit zu beauftragen, die Initiative für ein städteübergreifendes Modellprojekt zur regulierten Abgabe von Cannabis an Volljährige in der Rhein-Main-Region zu ergreifen (Beschluss-Nr. 0108). Im Dezember 2021 wurden diese Pläne aufgrund der angekündigten, aber noch unklaren Bundesregelungen für ein Jahr zurückgestellt. Gemäß Beschluss Nr. 0700 sollte das Thema der Prävention dennoch weiter vom Magistrat ausgearbeitet werden. Nachdem die Planungen nun konkreter sind, sollten die nächsten kommunalen Schritte zeitnah erfolgen.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. zu berichten, wie das Thema Prävention in Bezug auf Cannabis-Konsum gemäß Beschluss Nr. 0700 weiter ausgearbeitet wurde.
2. zu berichten, ob und wie externe Präventionsangebote, wie bspw. das vom Sucht- und Drogenbeauftragten der Bundesregierung empfohlene Frühinterventionsprogramm "FRED", an Wiesbadener Schulen bekannt sind und angeboten werden .
3. zeitnah nach Bekanntgabe und Verabschiedung des Gesetzes die entsprechenden Regelungen zum privaten Eigenanbau sowie dem Anbau in nicht gewinnorientierten Vereinen/Vereinigungen dem Ausschuss zu berichten, ob und welche kommunalen Aufgaben in diesem Bereich ggf. anfallen und die Bedarfe hierfür bis zu den Haushaltsberatungen vorzulegen.
4. die weitere Bearbeitung des Beschlusses Nr. 0108 der Stadtverordnetenversammlung vom September 2021 fortzusetzen und sicherzustellen, dass ein Modellprojekt zum kommerziellen Verkauf von in Wiesbaden bzw. der Rhein-Main-Region als Modellregion zeitnah und ohne Verzögerung nach Verabschiedung der Gesetze durch den Bundestag in die Wege geleitet wird.
5. sich mit den Städten Frankfurt, Offenbach, Darmstadt, der Landeshauptstadt Mainz, dem Rheingau-Taunus-Kreis und dem Main-Taunus-Kreis auszutauschen, um ein gemeinsames, groß angelegtes Modellprojekt zu ermöglichen.

Beschluss Nr. 0065

Der Antrag wird angenommen.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .05.2023

Susanne Hoffmann-Fessner
Vorsitzende

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .05.2023

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Dr. Gerhard Obermayr
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .05.2023

Dezernat II
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Gert-Uwe Mende
Oberbürgermeister